



Die Woche im Bundestag • Die

## *Die politische Lage in Deutschland* **Gerechtigkeit hat viele Facetten** **Koalition schafft die Grundlagen**

In den vergangenen Jahren ist Deutschland gerechter geworden. Das belegt eine Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW). Damit sind die vielfachen Behauptungen der Opposition widerlegt, in Deutschland hätten sich die sozialen Gegensätze vertieft. In einem Vergleich von 28 Staaten der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) hat sich Deutschland von Platz 19 im Jahr 2005, zum Ende der rot-grünen Regierungszeit, auf Platz sieben im Jahr 2012 hervor gearbeitet – mit weiter steigender Tendenz nach oben.

Die unionsgeführte Bundesregierung hat mit ihrer umsichtigen Politik maßgeblich zur wirkungsvollen Verbindung von wirtschaftlichem Erfolg und sozialem Fortschritt beigetragen. Dies kommt auch den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zugute. Denn die Studie belegt, dass die Leistungsgerechtigkeit in Deutschland gestiegen ist. Beschäftigte haben durch Lohnsteigerungen wesentlich vom Produktivitätszuwachs profitiert. Lag Deutschland 2005 zu Zeiten der rot-grünen Bundesregierung bei der Leistungsgerechtigkeit noch auf Platz 20, so hat es sich nun auf Platz 10 verbessert. Zuletzt hatte schon eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) bescheinigt, dass sich die Einkommensschere in Deutschland seit 2007 wieder schließt. Diese positiven Entwicklungen, die eng mit Bundeskanzlerin Angela Merkel verbunden sind, gilt es weiter fort zu schreiben.

Dazu sind u.a. weitere arbeitsrechtliche Maßnahmen nötig. Wir sind uns in der Koalition völlig einig, dass wir einen staatlich verordneten, flächendeckenden Mindestlohn - wie von SPD und Grünen gefordert - ablehnen. Der Kampf gegen Lohnfindung ist nicht Aufgabe der Parlamente, sondern gehört in erster Linie die Hand der Tarifparteien. Mit einer tariflichen Lohnuntergrenze werden wir aber die Sozialpartner weiter stärken und können so weiterhin faire Arbeits- und Wettbewerbsbedingungen sicherstellen. Das Ergebnis der Untersuchung, dass es unter Rot-Grün in Deutschland weniger gerecht zugegangen ist als heute, muss ein Schlag ins Gesicht von SPD und Grünen sein, die sich nach eigenem Bekunden gerade für einen Gerechtigkeitswahlkampf aufstellen wollen. In die gleiche Kerbe trifft der vom IW und vom Institut für Demoskopie Allensbach erbrachte Nachweis, dass es gerade nicht die von der Opposition so oft beschworene Verteilungsgerechtigkeit ist, die die Deutschen am meisten bewegt. Die höchste Bedeutung kommt demnach der Chancengerechtigkeit zu.

Dies bestätigt, dass die unionsgeführte Bundesregierung mit Investitionen in frühkindliche Bildung, u.a. durch ein Programm zur Sprachförderung in Kitas, die richtigen Mittel ergreift. Auch die Kinderarmut ist laut Studie signifikant gesunken. Laut einer Analyse der Bundesagentur für Arbeit ist in den vergangenen fünf Jahren die

Zahl der Kinder, die von Hartz IV leben müssen, deutlich gesunken. Vom aktuellen Aufschwung haben insbesondere Langzeitarbeitslose und Menschen mit geringer Qualifikation profitiert. Erfreulicherweise reduziert sich damit auch das Armutsrisiko für Kinder in Deutschland. Dass sich die Zahl der Kinder, die von Hartz IV leben müssen, in den vergangenen fünf Jahren um 13,5 Prozent verringert hat, zeigt ebenfalls die Erfolge der christlich-liberalen Koalition.

Ein weiterer wichtiger Beleg dafür, wie weit wir die verheerenden Auswirkungen rot-grünen Regierungshandelns bereits wettmachen konnten, belegt die Frage der Generationengerechtigkeit. Insbesondere durch eine nachhaltige Haushaltskonsolidierung belegt Deutschland hierbei Platz neun der OECD-Studie. Diesen Weg gilt es weiter auszubauen. Der Kurs der Haushaltskonsolidierung muss fortgesetzt werden - nicht nur in Europa, wo wir unsere Hausaufgaben gemacht haben, sondern auch im Rest der Welt. Wir setzen dabei nicht alleine auf einen rigorosen Sparkurs. Vielmehr wollen wir durch Finanzstabilität die Voraussetzungen für nachhaltiges, dauerhaftes, stabiles Wachstum schaffen. Und wir in Deutschland und in Europa zeigen ja, dass dies der richtige Weg ist.

Die nicht finanzierbaren Wahlversprechen der SPD stehen diesem Ziel allerdings auffallend entgegen. Programmatisch haben sich SPD und Grüne weit nach links bewegt. In der Steuer- und der Sozialpolitik stehen die Grünen mittlerweile noch weiter links als die SPD. Daher ist es kein Zufall, dass die Linkspartei Rot-Grün inzwischen immer offener Angebote zur Zusammenarbeit macht. Aus der SPD hört man dazu eher laue Dementis, von den Grünen nicht mal das. Die Menschen können so ihre Entscheidung treffen: rot-rot-grüne Politik von gestern, mit Rezepten aus der „Mottenkiste“, oder eine moderne, zukunftsgerichtete Gesellschaftspolitik mit uns!

### **Besonderer Schutz für Ehe und Familie**

Das Bundesverfassungsgericht hat in der vergangenen Woche entschieden, dass ab sofort Sukzessivadoptionen auch für gleichgeschlechtliche Partnerschaften zulässig sind und den Gesetzgeber verpflichtet, bis 2014 eine gesetzliche Regelung dafür zu schaffen. Zu diesem Urteil hat es eine intensive Diskussion gegeben. Auch wenn wir das Urteil als Rechtsstaatsparteien umsetzen werden, sind Schnellschüsse nicht angebracht. Darüber hinaus ist natürlich zu prüfen, welche Konsequenzen dieses Urteil und die bereits von Verfassungsgerichtspräsident Voßkuhle angekündigten weiteren Urteile haben werden. Auch darüber werden wir noch beraten.

Eines ist aber klar: Ehe und Familie stehen nach Artikel 6 Abs. 1 des Grundgesetzes unter dem besonderen Schutz der staatlichen Ordnung. Dabei bleibt es.

## Die Woche im Parlament

**Gesetz zur Vermeidung von Gefahren und Missbräuchen im Hochfrequenzhandel.** In dieser Woche haben wir in 2./3. Lesung weitere Regulierungen für einen gefährlichen Bereich des Finanzmarktes beschlossen. Der Hochfrequenzhandel erfolgt über computergesteuerte Handelsprogramme, die in Sekundenbruchteilen Kauf- und Verkaufssignale auslösen. Wir führen strenge Anforderungen für die Nutzung dieses Instruments ein, regeln und minimieren dadurch besondere Risiken wie Systemüberlastungen und Überreaktionen bei Kursentwicklungen und schließen Lücken in der Aufsicht der Hochfrequenzhändler. Ein weiteres Mal ist Deutschland europäischer Vorreiter in der Finanzmarktregulierung.

**Entsendung bewaffneter deutscher Streitkräfte zur Beteiligung an der EU-geführten militärischen Ausbildungsmission EUTM Mali auf Grundlage des Ersuchens der Regierung von Mali sowie der Beschlüsse 2013/34/GASP des Rates der Europäischen Union (EU) vom 17. Januar 2013 und vom 18. Februar 2013 in Verbindung mit den Resolutionen 2071 (2012) und 2085 (2012) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen.** Wir haben der Entsendung von bis zu 180 Bundeswehrangehörigen zur EU-geführten Ausbildungsmission für die malischen Streitkräfte zugestimmt.

**Entsendung bewaffneter deutscher Streitkräfte zur Unterstützung der Internationalen Unterstützungsmission in Mali unter afrikanischer Führung (AFISMA) auf Grundlage der Resolution 2085 (2012) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen.** Im Rahmen der internationalen Unterstützungsmission für die malischen Streitkräfte haben wir auch einer Beteiligung der Bundeswehr im Logistikbereich zugestimmt.

**Gesetz zur Beschleunigung der Rückholung radioaktiver Abfälle und der Stilllegung der Schachanlage Asse II.** Wir haben die Rückholung der radioaktiven Abfälle aus der Schachanlage Asse II in 2./3. Lesung beschlossen. Das Gesetz beschleunigt das Verfahren, was angesichts des schlechten Zustands des Bergwerks geboten ist. Geregelt werden auch Kriterien zum Abbruch der Rückholung, wenn Grundsätze des Strahlenschutzes nicht eingehalten werden können oder die bergtechnische Sicherheit nicht gewährleistet ist.

**Gesetz zur Umsetzung der Amtshilferichtlinie sowie zur Änderung steuerlicher Vorschriften.** Neben verwaltungstechnischen Notwendigkeiten ist ein Schwerpunkt dieses Gesetzes die Einführung einer Sonderregelung für Elektrofahrzeuge im Rahmen der sogenannten Dienstwagenbesteuerung, mit der wir Elektromobilität stärker fördern. Hierfür haben wir in 2./3. Lesung die Grundlage geschaffen.

**Sechzehntes Gesetz zur Änderung des Arzneimittelgesetzes (Antibiotika in der Tierhaltung).** Die in 2./3. Lesung verabschiedete Novelle dient der Verringerung des Antibiotikaeinsatzes in der Nutztierhaltung. Eingeführt wird etwa die einzelbetriebliche Erfassung der Therapiehäufigkeit mit Antibiotika über eine Datenbank. Der daraus ermittelte durchschnittliche Therapieindex wird Überschreitungen erkennen lassen und so zur Reduzierung des Einsatzes insgesamt beitragen. Umwidmungen von Antibiotika, die für die Humanmedizin wichtig sind, werden eingeschränkt.

**Gesetz zur Vorbeugung vor und Bekämpfung von Tierseuchen (Tiergesundheitsgesetz – TierGesG).** Wir haben in 2./3. Lesung eine Neustrukturierung des Tierseuchenrechts beschlossen, wodurch eine bessere EU-weite Abstimmung in der Tierseuchenbekämpfung erreicht wird. Angesichts des stetig zunehmenden inner- und außergemeinschaftlichen Handels mit Tieren und Tierprodukten ist dies ein sinnvoller und notwendiger Schritt.

**Fünfzehntes Gesetz zur Änderung des Soldatengesetzes.** Nachdem die gesetzliche Verpflichtung zur Ableistung des Grundwehrdienstes mit Datum vom 30. Juni 2011 ausgesetzt wurde, fehlt eine einheitliche Rechtsgrundlage für den freiwilligen Dienst in den Streitkräften. Wir haben daher in 2./3. Lesung die bisher im Wehrpflichtgesetz enthaltenen Regelungen zum freiwilligen Wehrdienst inhaltsgleich in das Soldatengesetz übernommen und schaffen so ein einheitliches Dienstrecht für unsere Soldaten.

**Gesetz zur Vereinheitlichung und Beschleunigung von Planfeststellungsverfahren.** Das Gesetz, das wir in 2./3. Lesung beschlossen haben, führt bisher über verschiedene Fach-

gesetze verteilte Sonderregelungen zur Verfahrensbeschleunigung im Sinne der Rechtsvereinheitlichung zusammen. Daneben wird u.a. das neue Instrument der „frühen Öffentlichkeitsbeteiligung“ eingeführt. Es soll dazu beitragen, Großvorhaben besser vorzubereiten und Konflikte frühzeitig zu bereinigen oder zu vermeiden. Das Instrument greift bereits vor dem eigentlichen Verwaltungsvorhaben und steht einem möglichst großen Personenkreis offen, um einen Dialog zu ermöglichen. Mit den geplanten Regelungen sollen Großvorhaben zugleich zügiger und mit größerer Akzeptanz der Bevölkerung umgesetzt werden können. Das Gesetz erlaubt den Vorhabenträgern die Entscheidung für eine frühzeitige Einholung der Bürgermeinung ohne sie dazu zu verpflichten.

**Drittes Gesetz zur Änderung des Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuches sowie anderer Vorschriften.** Das in 2./3. Lesung entschiedene Gesetz regelt in Umsetzung des Dioxin-Aktionsplans des BMELV eine Versicherungspflicht für Futtermittelunternehmen. Vorgesehen ist, dass sich von verunreinigten Futtermitteln geschädigten Kunden direkt an die Haftpflichtversicherer der Futtermittelhersteller wenden können. Weiterhin sieht das Gesetz Verpflichtungen zur Zusammenarbeit von und zum Informationsaustausch zwischen Bundes- und Länderbehörden im Fall von Lebensmittelkrisen vor.

**Gesetz zur Änderung jagdrechtlicher Vorschriften.** Wir haben in 2./3. Lesung die Umstände geregelt, unter denen ein Jagdrevierinhaber einen Antrag zur Herausnahme seines Grundstückes aus der revierübergreifenden Bejagung stellen kann. Eine genaue Darlegung seiner ethischen Skrupel ist dazu unumgänglich. Wir stellen so sicher, dass die Bejagung als elementarer Bestandteil der Hege und damit des Natur- und Artenschutzes in der Regel weiterhin revierübergreifend erfolgen kann.

## Daten und Fakten

**Privathaushalte kommen besser mit Einkommen zurecht.** Den privaten Haushalten fällt es nach eigener Auskunft heute wesentlich leichter, mit ihrem monatlichen Einkommen zurechtzukommen, als dies noch 2005 der Fall war. Während 2005 noch 51,7% der Haushalte angaben, schlecht mit den Einkommen aller Haushaltsmitglieder zurechtzukommen, ist dieser Anteil im Jahr 2010 auf 22,9% abgesunken.

(Quelle: Stat. Bundesamt, Stat. Jahrbuch 2007 und 2012)

**Anzahl der Wohngeld-Haushalte sinkt um 10%.** Rund 770.000 Haushalte in Deutschland bezogen am Jahresende 2011 Wohngeld. Das waren 1,9% der privaten Haushalte. Im Jahr 2010 bezogen noch 2,1% der Haushalte Wohngeld. Dabei wurde das Wohngeld nach Auskunft des Statistischen Bundesamtes in den neuen Ländern (ohne Berlin) 2011 fast doppelt so häufig in Anspruch genommen wie im früheren Bundesgebiet. 1,3% aller ostdeutschen und 1,7% aller westdeutschen Privathaushalte bezogen am Jahresende 2011 diesen öffentlichen Zuschuss. Die Zahlen über die Wohngeldbezüge im Jahr 2011 zeigen zudem, dass Einpersonenhaushalte am häufigsten Wohngeld empfangen: 56% aller Empfängerhaushalte waren Einpersonenhaushalte, 13% Zweipersonenhaushalte und 8% Dreipersonenhaushalte. 23% der Empfängerhaushalte machten Haushalte mit vier oder mehr Personen aus. Der durchschnittliche monatliche Wohngeldanspruch lag 2011 bei 114 Euro im Monat.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)

**CDU/CSU** Fraktion im Deutschen Bundestag  
Landesgruppe Niedersachsen

**Vorsitzender:**

Michael Grosse-Brömer MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel.: 030 – 227 79498

Fax: 030 – 227 70139

Email: stefan.krueppel@cducsu.de

Internet: www.lg-nds.de